

RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 18. Jänner 1924.

.....
Freie Bezirksarztstellen. In der Zentrale des Gesundheitsamtes der Gemein-
de Wien sind mehrere Bezirksarztstellen zu besetzen. Zur Anstellung sind
die österreichische Staatsbürgerschaft, ein Alter unter 40 Jahren, Unbe-
scholtenheit, Doktorat der gesamten Heilkunde, Mindestens zweijährige
Praxis als Spitalsarzt nach Erlangung des Doktorgrades, Physikatsprüfung
und Verzicht auf die Privatpraxis erforderlich. Die Gesuche sind bis 1.
März 1924 in der Kanzlei der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten
im Neuen Rathause einzureichen.

.....
Lehrstellenvermittlung des städtischen Berufsberatungsamtes. Bekanntlich
ist dem städtischen Berufsberatungsamt auch eine Lehrstellenvermittlung
angegliedert, ohne deren klagloses Funktionieren die Urteilung der Rat-
schläge zwecklos wäre. Es ist nun durch eine umfassende Aufklärungsarbeit
in allen interessierten Kreisen, zu denen vor allem die gewerblichen Ge-
nossenschaften gehören, gelungen, die Lehrstellenvermittlung des Berufsbe-
ratungsamtes bedeutend auszubauen. So wurde kürzlich ein Kataster nach dem
Muster der großen Arbeitslosenämter angelegt und das Amt verfügte Ende No-
vember 1923 über nicht weniger als 2196 offene Lehrstellen, von denen
1169 Lehrlinge und 1027 Lehrlinge betrafen. Davon sind im November al-
lein 473 Lehrstellen von den Arbeitgebern beim Amte neu angemeldet worden.
Dieser Zuwachs ist kein außergewöhnlicher, sondern etwa der jeden Monat
erzielte Durchschnitt. Das Amt hat nun von dem bei ihm angemeldeten Stel-
lensuchenden im November 223 auf offene Lehrstellen vermittelt, die sich
auf 165 Lehrlinge und 58 Lehrlinge verteilen. In der nächsten Zeit wird
der erste Jahresbericht des Berufsberatungsamtes erscheinen. Er wird den
zahlenmässigen Beweis erbringen, dass auf das ganze Jahr gerechnet eine
für die Zahl der Wiener Lehrlinge entsprechende Anzahl offener Lehrstellen
beim Berufsberatungsamt geführt wird. Auch die Vermittlungstätigkeit für
Lehrlinge und Lehrlinge hat sich bedeutend gehoben und es ist daher die
Benützung dieses Amtes, das im Gebäude des Stadtschulrates, Burgring 9,
Telefon Nr. 33.185, sich befindet, für Lehrherren und Lehrlinge gleich
nützlich.

.....
Ein Jahr Wiener Krematorium. Am 17. Jänner ist ein Jahr vergangen, das die
Gemeinde Wien ihr Krematorium der Benützung übergeben hat. Es ist nun ge-
wiss von allgemeinem Interesse festzustellen, wie gross die Zahl der Lei-
chenverbrennungen in diesem ersten Jahre war. Das Krematorium wurde in die-
sem Jahre an 155 Tagen benützt und 884 Leichen eingeäschert, worunter sich
auch 18 Kinderleichen befanden. Von den Feuerbestatteten waren 545 männli-
chen und 339 weiblichen Geschlechts. Die zur Einäscherung gebrachten Lei-
chen verteilen sich nach Glaubensbekenntnissen auf 514 römisch katholische,
36 auf altkatholische, 2 auf griechisch-orientalische, 127 auf evangelische
101 auf mosaische Kirchenangehörige. Konfessionslos waren 104 Verstorbene.
Nach altkatholischem Ritus wurden 256, nach evangelischem Ritus 127 und
nach griechisch-orientalischem Ritus eine Einsegnung vorgenommen. Aufbah-
rungen erfolgten 643 in diesem Jahre. Die Bestattung der Aschenkapseln er-
folgt meist in dem in der Nähe des Krematoriums befindlichen Urnenhaine in
kleineren Urnengräbern und grösseren Grabplätzen. Ausserdem befinden sich
im Gebäude des Krematoriums und in der Umfassungsmauer des Urnenhaines zur
Bestattung der Aschenkapseln eine grosse Zahl von Mauernischen. Es kann
aber auch die Beisetzung an anderen Begräbnisstätten erfolgen. Im ersten
Jahre wurden 447 Aschenkapseln in ^{bedeutenden} Urnengräbern, 48 in Grabplätzen und 61
in Mauernischen beigesetzt. Von hervorragenden Persönlichkeiten, deren
Leichen im Wiener Krematorium eingeäschert wurden, sind Staatssekretär
Ferdinand Hanusch, Nationalrat Dr. Wank, Dichter Rudolf Hawel, Gemeinderat
Bombek, Rudolf Beer und die Gemeinderätin Fleischner zu nennen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 18. Jänner 1924.

W i e n e r G e m e i n d e r a t

Sitzung vom 18. Jänner 1924.

Bgm. Seitz eröffnet um 4 Uhr nachmittags die Sitzung. Der sozialdemokratische Gemeinderatsklub hat auf das Pult des verstorbenen Gemeinderates Dr. Grün einen Lorbeerkranz mit roten Schleifen niedergelegt. Vor Eingang in die Tagesordnung hält Bürgermeister Seitz dem verstorbenen Gemeinderat Dr. Grün, folgenden Nachruf, den der Gemeinderat stehend anhört: Wir haben einen schweren Verlust erlitten. GR. Dr. Grün ist am 12. Jänner gestorben. Wie wir wissen war er schon längere Zeit hindurch krank, aber sein lebenswürdiges Wesen, seine immer wieder fröhliche Natur, seine Freundlichkeit haben uns darüber hinweggetäuscht und wir hofften, ihn doch am Leben zu erhalten. Grün selbst als Arzt hat sich wohl keinen Augenblick einer Täuschung darüber hingegeben, wie es um ihn steht, aber seine innere Kraft, seine Stärke, sein Optimismus, sein Vertrauen auf sich selbst und auf die große Sache, der er gedient hat, haben sein ganzes Wesen so gestaltet, daß man die Schwere der Krankheit nicht erkannt hat. Nun ist er ihr doch erlegen. Dr. Grün war ein ausgezeichnete Arzt. Als solcher hatte er bald erkannt, daß die medizinische Wissenschaft eigentlich nur den Begüterten, den vom Glück Begünstigten voll und ganz dienen kann, die große Masse der arbeitenden Menschen aber mehr bedarf, daß der Kampf gegen die Krankheit der großen Masse zugleich ein sozialer Kampf ist. Das hat ihn frühzeitig schon ins öffentliche Leben geführt, dem er in seiner Art und in seiner Weise und nach seiner Ueberzeugung gedient hat. Von der Erkenntnis ausgehend, daß die Stellung des Arztes in der heutigen Gesellschaft eine ungenügende

hat er sich auch lebhaft den Standesfragen der Aerzte gewidmet. In einem Fach, im öffentlichen Leben und in seiner Standesorganisation, überall sah man den Mann mit dem fröhlichen Wesen, mit dem frohem Optimismus gern als Mitarbeiter. Im Gemeinderat der Stadt Wien wirkte Grün seit dem Jahre 1918, in der Zeit vom Mai 1919 bis Mai 1920 hat er das Amt eines Stadtrates und in dieser Eigenschaft das Referat über die hygienischen und sanitären Angelegenheiten geführt. Seit der Neugestaltung der Gemeindeverfassung hat er als Mitglied des Ausschusses für Wohlfahrtseinrichtungen, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen gewirkt, er war Mitglied des Stadtschulrates, Vertreter der Gemeinde Wien im Kuratorium für das Kinderspital in Bad Hall, im Vorstand der Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten der Gemeinde Wien und in dem Ausschuss des Leopoldstädter Kinderspitalvereines. Überall war er mit opferwilliger Hingabe und mit beispielloser Tatkraft tätig, sein lauterer Charakter, sein lebenswürdiges Wesen haben ihm überall Sympathie verschafft. Wir danken ihm für die ungeheure Lebensarbeit, die er geleistet hat und wir werden ihm stets ein ehrenvolles Andenken bewahren. Ich habe von dieser Teilnahme des Gemeinderates, wie ich glaube Ihrem Wunsche entsprechend der Witwe Mitteilung gemacht und habe dem letzten Wunsche des Verstorbenen gemäß statt eines Kranzes einen entsprechenden Betrag dem Leopoldstädter Kinderspital gewidmet. Das Leichenbegängnis findet morgen um $\frac{1}{2}$ 3 Uhr vom Trauerhause, II., Obermüllnerstrasse 1, die Einäscherung um 4 Uhr im Krematorium statt. Die Mitglieder des Gemeinderats haben sich zum Zeichen der Trauer von den Sitzen erhoben. Ich danke für diese Kundgebung und bitte zu gestatten, dass ich sie dem Protokoll der heutigen Sitzung einverleibe.

Es wird nun zur Eriedigung der Tagesordnung geschritten.

GR. Alt berichtet über einen Grundankauf der Gemeinde Wien im 16. Bezirk, zu dem ein Kapital von 324 Millionen Kronen erforderlich ist.

GR. Ullreich (chr. soz.) erklärt, seine Partei habe gegen den Ankauf nichts einzuwenden und wünsche nur, daß in Zukunft, wie es früher einmal der Brauch war, den Gemeinderäten Skizzen über die betreffenden Grundstücke, sowie genaue Angaben über deren Lage, Preis u. s. w. vorgelegt würden.

Der Antrag wird sodann angenommen.

2
GR. Ferenz stellt den Antrag, einen Zuschusskredit von 2500 Millionen Kronen für Beheizung der Schulräume zu genehmigen.

GR. Wawerka (chr. soz.) bemängelt, dass vielfach der Unterricht in den Schulen wegen Untertemperatur nicht durchführbar sei und in mehreren Fällen die Schüler nach Hause geschickt werden mussten. Es/da^{sei} ein für eine Gemeindeverwaltung, die sich so gerne ihrer Schulfreundlichkeit rühmt, ganz unhaltbarer Zustand, der nach Auffassung des Redners auf eine falsche Auslegung der Heizvorschriften zurückzuführen sei. Nach diesen Vorschriften wäre die Heizung zwei Stunden vor Schulschluss zu beenden. Da nun nachmittags die nichtobligaten Gegenstände gelehrt würden, so müsse auch nachmittags die Schulzimmer, in denen dieser fakultative Unterricht stattfindet, erwärmt werden.

GR. Doppler (chr. soz.) erhebt Einspruch dagegen, dass die Kinder während der strengsten Kälte spazieren geführt werden, obgleich viele fadenscheinige Kleider und zerrissenes Schuhwerk haben. Solche Lehrspaziergänge werden unternommen, um an gewissen Tagen ~~Esparungen~~ in der Beheizung der Schulzimmer zu erzielen. Redner führt darüber auch Beschwerde, dass in den Schulen der 20. Bezirkes Kino- und andere Aufführungen ohne Erlaubnis der zuständigen Amtsstelle, lediglich auf Befehl des Bezirksvorstehers Janetschek abgehalten werden. Janetschek dünke sich gleichsam als Präsident der Brigittenau (Heiterkeit).

Bgm. Seitz erklärt, er werde die vorgebrachten Beschwerden einer genauen Prüfung unterziehen. Die angeführten Misstände in der Beheizung nicht auf Sparsamkeit zurückzuführen, sondern auf den baulichen Zustand der Schulen für den unter dem früheren Regime nicht genügend vorgesorgt worden sei. Wegen der Beschwerden Dopplers könne der Bürgermeister nur sagen, dass über die Vergabe von Schulräumen der Magistrat entscheidet, er werde nachprüfen lassen, ob hier andere Formen bestehen und falls sich eine Unzukömmlichkeit ergeben haben sollte, die Abhilfe bewirken.

Der Referent erklärt in seinem Schlusswort, dass 14 Kontrolloren in den Schulen die ordnungsgemässe Beheizung zu überwachen haben. Trotzdem sei es schwer zu vermeiden, wenn sich hier und da infolge eines Gebrechens in der Heizungsanlage Mängel ergeben. Ubrigens habe das Unterrichtsministerium selbst in einem Erlass angeordnet, in der Beheizung der Schulen 30 Prozent Ersparnisse zu erzielen. Die Gemeinde Wien habe in ihren Schulen diesen Erlass gar nicht angewendet, weil sie den armen Kindern wenigstens in der Schule warme Räume bieten wolle. Der Opposition sei es nur um die Kritik zu tun. Zuhemerken sei schliesslich, dass Schulspaziergänge bei strenger Kälte nicht unternommen werden.

Der Antrag wird sodann angenommen.

GR. Professor Dr. Fränkel erstattet den achten Vierteljahresbericht der Wasserkraftwerke A.G. WAG für die Zeit vom 1. August bis 31. Oktober 1923 und bemerkt dazu, dass trotz der Schwierigkeiten, insbesondere im Frieslingstollen, die Bauarbeiten befriedigend fortschreiten.

GR. Untermüller (chr. soz.) führt an, dass nach den Aussagen von Betriebsräten der Opponitzer Arbeiterschaft der Präsident der WAG, Professor Fränkel, auf die Organisationszugehörigkeit der Arbeiter Einfluss nehme und unter anderem verlangt habe, dass nur freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter gewählt werden dürfen. Auf Betreiben dieser zwei Betriebsräte haben die Arbeiter die Entlassung von nichtsozialdemokratisch organisierten erzwungen. Die beiden, Bluskowitz und Reiterer, wurden dann vom St. Pöltner Gerichte wegen Erpressung bedingt zu Freiheitsstrafen verurteilt. Vier Wochen später ^{hat} derselbe Bluskowitz 14 Millionen Organisationsgelder unterschlagen und ist darauf entlassen worden. Der ganze Vorfall zeige deutlich, wie hierdie Personalpolitik betrieben werde. Die Christlichsozialen müssen dagegen protestieren, dass der Präsident der WAG seine Stellung dazu missbrauche.

Der Referent sagt in seinem Schlusswort, Gemeinderat Untermüller scheine ein sehr schlechtes Gedächtnis zu haben, denn er habe diese Be-

schweren schon einmal im Gemeinderate vorgebracht und damals sei hieüber eine Debatte abgeführt worden. Hierbei stellte ich fest, dass sowohl Bluskowitz als auch Reiterer eine Erklärung unterschrieben haben, dass sie die erwähnten Angaben über mein Verhalten gar nicht gemacht haben. Ich lehne es daher ab, auf den Gegenstand weiter einzugehen. Ich sage es übrigens offen, dass wir für einheitliche Organisation der Leute sind, weil wir mit zwei Organisationen nicht arbeiten können. Nun ist es so weit gekommen, dass die Arbeiter und Angestellten, einen gemeinsamen Betriebsrat haben. (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen: Gr. Untermüller: Sie verteidigen den Terror! GR. Preyer: Das werden Sie sich abgewöhnen müssen!) Die Drohungen der Herren Preyer und Untermüller schrecken mich gar nicht. Sie werden damit nur das Gegenteil erzielen.

Der Bericht wird sodann mit den Stimmen der Mehrheit zur Kenntnis genommen.

GR. Jenschik beantragt die Genehmigung eines Betriebskredites von 500 Millionen Kronen für den Betrieb der technischen Werkstätten in Lainz.

GR. Ellend (chr. soz.) drückt seine Befürchtung aus, dass diese Werkstätten nicht nur die kleinen Gebrechen in der Anstalt selbst zu beheben haben werden, sondern grössere Arbeiten eventuell auf dem Offertwege übernehmen werde. Dadurch würde der Handels- und Gewerbestand, aus dem der Herr StR. Breitner immer neue Steuern herauszupressen wisse, schwer betroffen und in seiner Existenz gefährdet. Es sei darum klar, dass die Minorität nicht für die Genehmigung dieses Kredites stimmen werde. Redner bringe darum auch den Antrag ein, das Referat sei von der Tagesordnung abzusetzen und der Herr Bürgermeister zu ersuchen binnen 14 Tagen dem Gemeinderat eine vollständige Aufstellung über die Gebarung und Betriebsführung der verschiedenen Gemeindewerkstätten vorzulegen.

GR. Orel (chr. soz.): Die in Frage stehende Ausgestaltung der Betriebswerkstätten sei unwirtschaftlich und antisozial. Der Mensch könne nur als freie Persönlichkeit Ordentliches schaffen. Die Freiheit der Arbeit dürfe auf keinen Fall proletarisiert werden. Weder Individualisierung noch Proletarisierung sei anzustreben, sondern lediglich die Möglichkeit für alle sich frei und in Selbstverantwortung der schaffenden Arbeit hinzugeben.

GR. Lehninger (chr. soz.) bemängelt, dass in Lainz die Pfléglinge-arbeiter viel zu schlecht für ihre Arbeit entlohnt würden. Es handle sich in diesen Fällen um alte Menschen, die in redlicher Arbeit ergraut, auch heute noch Anspruch auf eine angemessene Entlohnung hätte. Die gegenwärtig herrschenden Zustände seien skandalös und drängend der Abhilfe bedürftig.

GR. Erbau (chr. soz.) verweist darauf, dass die Steinmetzwerkstätten der Gemeinde Wien am Zentralfriedhof nicht nur Reparatur- sondern Neuanschaffungs zwecken diene. Eine Tatsache, die sehr zur Befürchtung Anlass gibt, dass auch andere von der Gemeinde geführten Werkstätten in dieser Richtung geführt würden und so dem Gewerbestande schwere Konkurrenz machen.

GR. Jenschik erwidert in seinem Schlusswort dass diese Werkstätten nicht eine Neueinrichtung sind, sondern nur eine bessere Organisation der bereits bei Begründung der Anstalt Lainz eingerichteten, also von der christlichsozialen Verwaltung geschaffenen Werkstätten. Wenn also es zuträfe, dass durch deren Tätigkeit der Gewerbestand geschädigt würde, wären die Christlichsozialen als die Urheber dieser Schädigung anzusehen, da sie mit der Führung der Werkstätten begonnen haben. Was die schlechte Entlohnung, die angeblich geübt würde betreffe, sei darauf hinzuweisen, dass es sich um freiwillig geleistete Arbeit handle, die die Pfléglinge auf sich nehmen und für die sie in der Form einer Kostaufbesserung die eigentliche entsprechende Be-lohnung finden. Niemandem würde Zwang angetan, oder ein bestimmtes Arbeitspensum zur Erledigung zugewiesen.

GR. Ellend (chr. soz.) berichtet tatsächlich, dass ihm wohl bekannt sei, dass diese Werkstätten keine Neueinrichtungen wären, dass aber durch sie der Gewerbestand schwer zu Schaden gebracht würde.

Der Antrag Jenschik wird, nach dem der Antrag Ellend auf Absetzung des Referates abgelehnt wurde, abgenommen.

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Verhandlung über die Hauptrechnungsabschlüsse für das zweite Halbjahr 1921 und für das Jahr 1922 vertagt wird, da die neugewählten Mitglieder des Gemeinderates diese Abschlüsse nicht erhalten haben. Ohne Bericht wurden Zuschusskredite von 23 und 27.2 Millionen Kronen für Grundankäufe in Floridsdorf, von 60 Millionen Kronen für den Scheckverkehr, von 211.4 Millionen Kronen für die Grundsteuer des Bürgerstifts, ^{von 22} Millionen für Anstaltseinrichtungen in der Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke in Ybbs, von 235 Millionen Kronen für den Sanitätsbetrieb, von 350 Millionen Kronen für verschiedene Remunerationen, von 250.7 Millionen Kronen für Steuern und Abgaben des Fondsguts Ebersdorf, von 424 Millionen Kronen für die Markt- und Approvisionierungsanstalten beschlossen. Ebenfalls ohne Bericht wurden das Darlehen an den niederösterreichischen Landesmutterkeller verlängert, die Errichtung eines Jugendspielplatzes in Hirschstetten mit einem Aufwand von 120 Millionen Kronen und der Ankauf von Grundstücken in Hirschstetten und von Häusern auf dem Alsergrund beschlossen. Dem Brauhaus der Stadt Wien wurde ein Kredit von 700 Millionen für Kühlmaschinen bewilligt, die Gemeindekassen wurden gegen Einbruch versichert, in einer Unterstation der Elektrizitätswerke wird die Errichtung eines Akkumulatorengedäudes beschlossen, im Siedlungsgebiet Ameisbach werden die Strassenhöhen bestimmt und dem Gaswerk die Baubewilligung für eine Dampfkesselanlage erteilt. Für das städtische Ziegelwerk in Oberlaa wird ein neuer Schlepfbahnanschluss mit den Bundesbahnen genehmigt, den Feuerwehrrangestellten ein Vorschuss bewilligt, die Landesgruppe der Berufsvormünder wird aufgelassen, die Grundlöhne und Nachtschichtzulagen in den Gas- und Elektrizitätswerken erhöht, der Kollektivvertrag mit den Lagerarbeitern des städtischen Wirtschaftsamt und der Arbeitsvertrag für den Kanalräumungsbetrieb abgeändert, ein Nachtragskredit für Personalauslagen beim Bau der Wasserkraftwerke in der Höhe von 260 Millionen Kronen bewilligt, für die Arbeitslosenversicherungsbeiträge werden 240 Millionen Kronen als Zuschusskredit genehmigt, der vorzeitigen Auflösung der Wiener Produktivwerke für Fleisch- und Fettindustrie wird zugestimmt und der Neubau von Hauptunratskanälen in Meidling und in Währing beschlossen.

Stadtrat Kokrda (Sozialdemokrat) referiert über Ankäufe von Amtsstempeln, Zeitschriften, Ausbesserung von Amtsmöbeln und Bezahlung von Fernsprechgebühren und beantragt einen Zuschusskredit von 339 Millionen Kronen.

GR. Stöger (Christl-Soz.) verweist auf die Unzulänglichkeit der Amtsräume im Alten Rathaus, insbesondere des städtischen Steueramtes, die dem starken Parteienverkehr nicht mehr genügen. Die Steuerzahler drängen und stossen sich in diesen Räumen und müssen stundenlang auf die Abfertigung warten. Für die Ausbesserung der Amtsräume geschehe gar nichts sie seien gänzlich verwahrlost, schlecht beleuchtet und schlecht ventiliert und gleichen Räuberhöhlen. Die Gemeindeverwaltung möge doch endlich diese Mistände beheben, die einer Grossstadt unwürdig seien.

Der Referent erwidert, er werde sehen, ob eine Abhilfe bewirkt werden könne.

Der Antrag wird sodann angenommen.

GR. Kopriva beantragt einen Zuschusskredit von 120 Millionen für die Instandsetzung des Daches des städtischen Hauses im 13. Bezirk Uten-dorf-gasse Nr. 3 und bemerkt, dass mit den Wohnparteien Verhandlungen eingeleitet werden, um sie zur Tragung der halben Herstellungskosten zu veranlassen.

Der Zuschusskredit wird bewilligt.

GR. Michal berichtet über die Tarifiermässigung im Nachtverkehr der Kraftstellwagenlinien und stellt die bekannten Anträge, wonach der ermässigte Tarif mit 21. Jänner 1924 in Kraft tritt.

GR. Doppler (chr. soz.) tritt für die Ausdehnung des Verkehrs vom Elterleinplatz bis Dornbach ein und erklärt, dass die Voraussetzungen für eine ziemlich lebhaft Frequenz und Rentabilität bestehen.

GR. Arasek (chr. soz.) spricht sich gegen das Einmannsystem aus und beantragt die Endstation der Nachtkraftstellwagen von der Silbergasse zur Grinzinger Allee zu verlegen.

4
Der Referent erwidert, derzeit sei es unmöglich die vorgebrachten Wünsche zu erfüllen. Man müsse erst die Fertigstellung der 30 in Lieferung gegebenen Kraftstellwagen abwarten. Eine Ausdehnung des Verkehrs bis zur Grinzinger Allee sei aus verkehrspolizeilichen Gründen nicht möglich, weil das Vorbeifahren der schweren Wagen vor dem Rudolfinerhaus unzulässig sei.

Der Antrag Karasek wird abgelehnt, der Referentenantrag angenommen. GR. Jenschik (Sozialdemokrat) beantragt, dass das Kanalwesen, welches gegenwärtig von einer Magistratsabteilung geführt wird, in einem eigenen Betrieb umgewandelt wird und legt ein ausführliches Organisationsstatut für diesen neuen Betrieb der Gemeinde vor.

GR. Angelst (chr. soz.) bemängelt, dass die Gemeindeverwaltung durch die Vorschriften für den Kanalbau die private Bautätigkeit hindere. Die Leistungen der Gemeinde für private Bauten werde immer geringer, aber die Anforderungen, die von der Gemeinde an die Bauunternehmer gestellt werden, vergrössern sich zusehends.

Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten wird die Vorlage angenommen.

GR. Pokorny (Soz. Dem.) beantragt die Bewilligung eines Zuschusskredites von 32 Millionen Kronen für die Instandsetzung des eingestürzten Hauskanals im städtischen Zinshaus, VI., Mollardgasse 32 gegen Rückersatz seitens der Mietparteien.

GR. Doppler (chr. soz.) bemängelt die ungenaue und unzulängliche Ausarbeitung der schriftlichen Vorlage der Tagesordnung für den Gemeinderat und wünscht, dass diesen Uebelständen in Zukunft Abhilfe geschaffen werde.

Der Antrag Pokorny wird hierauf angenommen.

StR. Richter beantragt einen Kredit von 2500 Millionen Kronen zur Deckung der Kosten der Nationalrats- und Gemeinderatswahlen und begründet diesen Kredit damit, dass die Kosten für die Wahlen grösser geworden sind, besonders durch die Verlängerung der Reklamationsfrist und erwähnt, dass auch der Beitrag des Bundes an die Gemeinde Wien kleiner gewesen sei, als man erwartet habe.

GR. Stöger (chr. soz.) spricht Art der gegen die Durchführung der Wahlen. Es sei nicht das richtige Personal in Verwendung gestanden und der Leiter der Wahlen und Organisator sei ein sozialdemokratischer Parteimann.

GR. Binder (chr. soz.) beklagt sich über das System, nach dem die Wahlen durchgeführt wurden und spricht besonders im Hinblick auf den III. Bezirk die Hoffnung aus, dass bei kommenden Wahlen nicht ein solcher Terror geübt werden wie bei den letzten.

GR. Orel (chr. soz.) weist hin, dass man im Bezirke Währing 60 Lehrpersonen dadurch um ihr Wahlrecht gebracht habe, dass man sie in Kommissionen im 20. und 21. Bezirk versetzte. Auch die Durchführung der Wahlen im Haus der Barmherzigkeit müsse Redner bemängeln. Hier habe man alte kranke Menschen in schrecklichster Weise gequält, dadurch dass man nicht organisatorisch richtig die Wahlen zur Durchführung brachte.

Verhandlungen über das Reinigungsgeld. Nach dem Hausbesorgergesetz ist jedes halbe Jahr durch eine Verordnung der Landesregierung das Reinigungsgeld festzusetzen. Die Hausbesorgerorganisationen haben nun von der Wiener Landesregierung eine Erhöhung des gegenwärtig geltenden Reinigungsgeldes um hundert bis hundertfünfzig Prozent verlangt. Heute nachmittags fand nun im Rathaus unter dem Vorsitz des amtsführenden Stadtrates Weber eine Besprechung in dieser Angelegenheit statt, an der Vertreter des Hausbesorger- und Portiervereines, des christlichen Hausbesorgervereines, des allgemeinen Mietervereines, des christlich deutschen Mietervereines, der Zentralorganisation der Hausbesitzervereine, der Handels- und Gewerbekammer und der Arbeiterkammer teilnahmen. In dieser Besprechung erhoben die Hausbesorgerorganisationen die bereits mitgeteilte Forderung nach Erhöhung des Reinigungsgeldes vom 1. Februar an. Nach einer eingehenden Aussprache wurde beschlossen, dass die Vertreter der einzelnen Organisationen sich über diese Forderungen mit ihren Mitgliedern ins Einvernehmen setzen werden und die Besprechung für die nächste Woche vertagt.

5
Dr. Kunschak beschwert sich darüber, dass leitende Persönlichkeiten, die in der breiten Öffentlichkeit wirken, in die Wählerliste nicht aufgenommen worden sind weil sie bei der Begehung des Hauses von Wien abwesend waren. Es ist wohl der ausschlaggebende Grund dafür ihre christliche Gesinnung gewesen. In der Budgetdebatte wurde auch der Fall Schlängel vorgebracht, der noch immer nicht aufgeklärt wurde. Dieser Mann wurde rechtskräftig samt seiner Frau für fünf Jahre von Wien abgeschafft und trotzdem in den Heimatverband der Stadt Wien aufgenommen und gelangte natürlich auch in die Wählerliste. Während der Wahlpropaganda sind die Angestellten der Plakatierungsanstalt der Gemeinde um Mitternacht mit der Plakatierung der sozialdemokratischen Wahlplakate beschäftigt gewesen, wodurch die Gewerbeordnung verletzt und mit dem Gemeindegut Missbrauch getrieben wurde. Schliesslich beantragt der Redner, dass der Gemeinderat eine Kommission einsetzen soll, die festzustellen hat, ob und in welchem Umfang eine Einrichtung der Gemeinde oder eine Unternehmung an der die Gemeinde beteiligt ist, in den Dienste der Wahlagitation für eine Partei gestellt worden ist. (Beifall bei den Christlichsozialen)

GR. Plaschkes (Jüd. Nat.) erklärt, einige Beispiele des Wahlunfugs geben zu wollen. Die Judenschaft sei von Sozialdemokraten, Grossdeutschen und Christlichsozialen verhöhnt und verunglimpft worden. Erstere haben sogar einen Rabbiner in vollem Ornat gezeichnet, der die christlichen Führer beschneiden wollte. (Heiterkeit) Was sie nicht gezeichnet haben, das sind die armen Juden, die nach der Seververordnung ausgewiesen wurden nicht die armen jüdischen Studenten, die von den Hakenkreuzlern aus der Universität hinausgeprügelt worden sind. Die Herren Christlichsozialen haben wegen der Auslandskredite mehr Vorsicht angewendet. Immerhin wiesen die christlichsozialen Plakate einen großen Geldsack auf mit einem darauf sitzenden Juden, obgleich sie nicht den Nachweis erbrachten, dass die auf dem Geldsack sitzenden Juden gewisse Beziehungen zu der christlichsozialen Partei haben. Bundeskanzler Seipel sandte an die Juden faksimilierte Briefe aus, für die christlichsoziale Liste zu stimmen. Ich halte es für würde- und ehrlos einem Juden dergartiges zuzumuten. Neben diesen allgemeinen Angriffen wurden auch unerhörte Angriffe gegen die persönliche Ehre der jüdischnationalen Kandidaten erhoben. Man stellte sie als Reklamehelden und Streber hin, obgleich man weiss, welche persönliche Opfer an Existenz und Zeit sie bringen. Die Versammlungen der jüdischen Wahlgemeinschaft wurden von Sozialdemokraten vielfach gestört, insbesondere in der Leopoldstadt und in der Brigittenu. Hier hat auch der christlichsoziale Gemeinderat Körber jüdische Wähler aus der Liste herausreklamiert, Lebende als tot, Ortsanwesende als abwesend bezeichnet, doch ist dank der strengen Objektivität der Magistratsbeamten in allen Fällen nach Recht und Gesetz verfahren worden. Am Wahltage selbst spielten sich unerhörte Terrorakte ab, es wurden jüdische Wähler unter sozialdemokratischer Bedeckung in die Wahllokale geführt.

Der Bürgermeister unterbricht den Redner und fordert ihn auf zum Gegenstande zu sprechen. Als GR. Dr. Plaschkes fortfährt, Einzelheiten vom Wahltage zu erzählen, unterbricht ihm neuerlich der Bürgermeister mit dem Bemerkens, er könne eine Debatte hierüber nicht zulassen, da hier lediglich die Wahlkosten zur Erörterung stehen.

GR. Dr. Plaschkes: So viel darf ich wohl feststellen, dass die sozialdemokratische Partei in der Leopoldstadt und in der Brigittenu am Wahltage falsche erlogene Nachrichten in die Öffentlichkeit brachte, um der jüdischen Wahlgemeinschaft Stimmen abspenstig zu machen. Das Wahlgesetz an sich sei ungerecht, es unterdrücke die Minoritäten und liefere ein falsches Bild über die wirkliche Stimmung der Wählerschaft. Wenn Wien ein gerechtes Wahlgesetz erhalten werde, werde Redner auch für die Kosten der Wahl stimmen können.

GR. Bermann (Soz. Dem.): Das Fehlen einzelner Personen in der Wählerliste ganz gewiss nicht auf böse Absicht zurückzuführen. Man kann ohne weiters beweisen, dass auch sozialdemokratische führende Persönlichkeiten, wie Nationalräte, in die Wählerliste nicht aufgenommen worden sind, weil sie bei der Häuserbegehung nicht anwesend waren. Jedenfalls kann festgestellt werden, dass die Zahl der Reklamationen bei der letzten Wahl weitaus geringer war, als bei den Wahlen, die die jetzige Minderheit organisiert hat. Dazu kommt noch, dass jetzt die Zahl der Wähler

6

infolge der Wahlberechtigung der Frauen und der Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Zwanzigjährigen sich mehr als verdoppelt hat und wenn trotzdem weniger Reklamationen sich ergeben, so zeigt das klar, dass diese Wählerliste vollständig unparteiisch angelegt worden ist. Gegen die Ausführungen meines Vorredners zu polemisieren ist bei diesem Gegenstand nicht zulässig, es wird sich wohl auch da eine Gelegenheit geben, um entsprechend zu antworten.

StR. Richter (Schlusswort): Ich beschränke mich darauf alle Anschuldigungen zu widerlegen, die gegen den amtlichen Apparat in Bezug auf die Wählerliste vorgebracht wurden. Die Mängel sind darauf zurückzuführen, dass die Wählerlisten in einer Zeit angelegt werden mussten, in der eben so viele Personen auf dem Lande oder sonstwie nicht in ihren Wohnungen anwesend waren. Die hier vorgebrachte Behauptung es seien 60 Lehrer von Währing in die Brigittenau und Floridsdorf in Wahlkommissionen gesetzt worden, ist vollständig unrichtig. Was die Angelegenheit mit der Wipag betrifft, ist die Nacharbeit der betreffenden Arbeiter sehr leicht zu erklären damit, dass eben diese Anstalt, sowie alle Plakatierungsunternehmungen in der Zeit des Wahlkampfes sehr stark in Anspruch genommen wurde und den Anforderungen tagsüber nicht erschöpfend nachkommen konnte. Was den Fall Schlengel betrifft, konstatiere ich nochmals, dass dieser Mann heute noch nicht österreichischer Staatsbürger geworden ist, da er das erst wird, mit der Erledigung der vorgeschriebenen Taxe für die Aufnahme in den Heimatsverband.

Wenn also wahr ist, was GR. Kunschak vorberachte, dass dieser Mann um Ermässigung der Aufnahme taxte angesucht habe, so ist er heute noch nicht österreichischer Staatsbürger und folglich auch nicht wahlberechtigt.

GR. Orel berichtet tatsächlich, dass es sich im Bezug auf seine Behauptung, es seien 60 Lehrer versetzt worden, geirrt habe, es müsse richtig heissen Magistratsbeamte, ferner sei zu berichten, dass Lueger niemals Anhänger des freien allgemeinen gleichen Wahlrechtes gewesen sei, sondern nur seinerzeit diesem Wahlrechte den Vorzug vor einen schlechteren, nämlich dem Zensuswahlrechte, gegeben habe.

Der Antrag Richter wird angenommen, der Antrag Kunschak abgelehnt.

GR. Schorsch (Soz. Dem.) beantragt für den Umbau der Schaltanlagen im Kraftwerk Engerthstrasse einen Sachkredit von 7.5 Milliarden Kronen zu bewilligen.

GR. Körber (chr. soz.) verweist auf die Rauchplage der Elektrizitätswerke in der Engerthstrasse und hält es aus diesem Grunde für zweckmässiger die Elektrizitätswerke in Simmering, die im freien Gelände liegen, auszubauen. Die Direktion möge auch endlich dazu verhalten werden Rauchverzehrer zur Verminderung der Rauchplage in Anwendung zu bringen.

Der Referent entgegnet, dass beim Elektrizitätswerk durch aus kein kalorisches Ausbau vorgenommen, sondern lediglich die Schaltanlage erweitert werde.

Der Antrag wird sodann angenommen.

GR. Schorsch berichtet weiter über den Antrag, den Gültigkeitsbeginn der Hin- und Rückfahrtscheine und Wochenkarten der Strassenbahnen

an den Werktagen von Montag bis Freitag für die Rückfahrt auf ein Uhr festzusetzen.

GR. Wielisch (chr. soz.) ersucht den Gültigkeitsbeginn auf 12 Uhr mittags zu verlegen, da viele Kurzarbeiter schon um diese Zeit Arbeitschluss haben. Sie führt dann Beschwerde über die Verunreinigung der Strassenbahnwagen und wünscht, dass die Schaffner strenger auf Ordnung achten. Schliesslich verlangt sie eine Verlegung des Betriebschlusses auf eine spätere Nachtstunde und die Festsetzung einer späteren Stunde für die Nachtfahrtscheine.

GR. Doppler (chr. soz.) bespricht einige Mängel im Betriebe der Strassenbahn und erklärt es sei geradezu ein Wunder dass nur so wenige Unfälle sich ereignen. Es müsse vor allem das Ueberfüllungsverbot wieder eingeführt und die Verkehrsichte durch Einschaltung von Zügen erhöht werden. Das Stehen auf den Trittbrettern und Plattformen muss soweit als möglich verboten und unmöglich gemacht werden. Das Nichtfunktionieren der Heizvorrichtung in manchen Wagen macht sich besonders bei dem jetzt herrschenden Frost sehr unangenehm bemerkbar und kann das doch gewiss nicht von dem Belieben der einzelnen Schaffner abhängen, ob ein Wagen geheizt ist oder nicht. Wenn die Vorrichtungen zur Heizung nicht funktionieren, so trafe die Schuld die Direktion und die verschiedenen Werkstättenleitungen, die zeitgerecht Vorsorge für das Funktionieren hätten treffen müssen.

Der Referent erklärt in seinem Schlusswort, dass infolge der Unmöglichkeit der breiten Massen ihrem Arbeitsorte nachzuziehen, die Benützung der Strassenbahn gegenüber der Friedenszeit um mehr als ein Drittel zugenommen hat. Selbstverständlich ergeben sich daraus viele Mängel und die Direktion sei unablässig bemüht sie abzustellen.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag einstimmig angenommen.

Bgm. Seitz unterbricht hierauf die Sitzung und teilt mit, dass sie voraussichtlich am kommenden Freitag fortgesetzt werden wird.